

# sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/242

18. Dezember 1972

Glückwünsche zum 79. Geburtstag

Vor allem Gesundheit für Willi Brandt

Von Helmut Schmidt MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD und Bundes-  
minister für Finanzen

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Reform des Bodenrechts drohend

Zur "Schwarzbuch" der Sozialisten SPD

Von Peter Conradl MdB

Seite 3 und 4 / 34 Zeilen

Stippenweise eines "Mikroskops"

Poststellungen zum Thema Dr. Bernard  
Stoltenberg

Von Joachim Starffert MdB,  
Oppositionsführer im Landtag von Schleswig-  
Holstein

Seite 5 und 6 / 57 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Vorantwörllich für den Inhalt: A. Exter  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 886 846 / 886 847  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnor Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Glückwünsche zum 59. Geburtstag  
-----

Vor allem Gesundheit für Willy Brandt

Von Helmut Schmidt MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD und Bundesminister der Finanzen

59 Jahre alt zu werden, das wird von den meisten Menschen nicht als Anlaß für einen besonderen Feiertag angesehen. Das wird auch für den Vorsitzenden der SPD gelten, zumal er eben in diesen Tagen einen weit herausragenden Höhepunkt seines Werdeganges erlebt hat - und nicht nur seines politischen Werdeganges. Gleichwohl möchten seine Freunde und Mitstreiter, zu deren Sprecher ich mich ohne Auftrag mache, ihm zurufen:

Zu Deinem Geburtstag, lieber Willy, unsere herzlichsten Glückwünsche!

Ich bin sicher, daß diese Glückwünsche nicht nur für mehr als neunhunderttausend Sozialdemokraten, sondern auch für Millionen weiterer Männer und Frauen ausgesprochen werden. Ihr Vertrauen und Dein großer politischer Erfolg in den letzten Jahren und besonders in den letzten Wochen, so wünschen wir, mögen Dir die Kraft geben, an der Spitze unserer Partei und als Bundeskanzler die siebziger Jahre zum Wohle der Menschen unseres Landes und zum Wohle unserer Nachbarn zu nutzen und zu gestalten! Wir wünschen Dir vor allem andern, daß Du gesund bleibst, um Deine Aufgabe zu erfüllen und Dein Werk fortzusetzen.

Die Summe seiner persönlichen und politischen Erlebnisse hat Willy Brandt vor drei Jahren befähigt, in seiner ersten

Regierungserklärung uns Deutsche aufzurufen, wir sollten ein Volk der guten Nachbarn werden: im Innern und nach außen. Sie befähigte ihn zugleich, dafür die Wege zu weisen. Das Echo, das die deutsche Außenpolitik in aller Welt findet, und ebenso das Wahlergebnis dieses Herbstes sind Zeichen dafür, in welchem hohem Maße Brandts Aufruf verstanden worden ist.

Für den Bundeskanzler sind Erfolg und erneuertes Mandat keine Gefährdung. Denn die Devise, die er sich selbst und anderen immer wieder mitteilt, heißt: "Niedriger hängen!" Sie kennzeichnet die politische und die moralische Qualität des Mannes; Sie kennzeichnet Courage und Fairneß eines Bundeskanzlers, der sich nicht scheut, auch ein Versäumnis oder einen Irrtum zu bekennen.

Die Autorität seiner Führung beruht vornehmlich auf der Kraft zur Integration, die von ihm in Partei und Regierung ausgeht, und auf der Toleranz, die er übt - freilich von anderen auch erwartet; beide Eigenschaften haben den Bundeskanzler zu einem moralischen Faktor in der deutschen Innenpolitik und in der Politik der Welt gemacht. Dabei verfügt er über die Fähigkeit, komplizierte Probleme auf ihre Grundstruktur zu reduzieren und sodann seine eigenen Lösungen dafür so anzubieten, daß sie nicht nur verstanden werden, sondern auch zu Herzen gehen. Wie sie ja auch aus dem Herzen kommen.

Willy Brandts Lebensweg hat ihn auch Enttäuschungen, Leid und Rückschlägen ausgesetzt. Sie haben die Stetigkeit seines Weges nicht gefährden können. Vielmehr hat er immer aufs neue die Kraft geschöpft, harte Auseinandersetzungen durchzustehen und trotzdem neue Impulse für das Denken und Handeln vieler Menschen zu geben - drinnen und draußen. Sie grüßen ihn in diesen Tagen aus aller Welt und wünschen ihm Glück, damit er für ihren eigenen Frieden erfolgreich sein möge.

(-/18.12.1972/bgy/ee)

Reform des Bodenrechts Überfällig

Zum "Schwarzbuch" der Stuttgarter SPD

Von Peter Conradi MdB

Wer sich mit einer Reform unseres Bodenrechts beschäftigt, der kommt an drei Grundtatsachen nicht vorbei:

1/ Die Diskussion über ein neues, soziales Bodenrecht ist belastet durch eine über 20jährige Eigentumsfetischisierung in der Bundesrepublik, die eine Diskussion der Sozialpflichtigkeit des Eigentums gemäß Art. 20 Grundgesetz verhindert hat. Auch die SPD hat die Eigentumsfrage lange Zeit nicht diskutiert. Die "Linke" hat - darauf hat Jochen Steffen vor kurzem nachdrücklich hingewiesen - die Eigentumsdebatte häufig ebenso unkritisch geführt wie die Verfechter der bestehenden Eigentumsordnung.

2/ Die Diskussion über ein neues, soziales Bodenrecht ist belastet durch die Tatsache, daß viele Kleineigentümer, vor allem Eigenheimer und Besitzer von Eigentumswohnungen, fürchten, eine Bodenreform würde ihr Eigentum antasten. Die Gruppen, die am heutigen Bodenrecht profitieren, haben es trefflich verstanden, die vielen Kleineigentümer vor den Karren des Großgrundbesitzes zu spannen.

3/ Die Diskussion über ein neues, soziales Bodenrecht wird weithin abstrakt geführt; konkrete Beispiele der Bodenspekulation sind selten; die volkswirtschaftlichen Folgen der Bodenpreisentwicklung werden verschwiegen.

Die Stuttgarter Sozialdemokraten haben vor kurzem ein "Schwarzbuch zur Bodenspekulation" vorgelegt, in dem konkrete Spekulationsfälle mit Grundstücken und Gebäuden nachgewiesen werden. Die Unterlagen stammen zum Teil aus Angaben der Stadtverwaltung, zum Teil aus anderen Quellen. Bezeichnenderweise haben die anderen Parteien in Stuttgart, die ebenfalls das Material der Stadtverwaltung zur Verfügung hatten, dazu geschwiegen, besser: die ihnen unangenehmen Fakten unter den Teppich gekehrt. Das Echo auf diese Aktion war bundesweit. Inzwischen wird das "Schwarzbuch" in einer dritten Auflage gedruckt, das Fernsehen und die überregionale Presse haben das Problem aufgegriffen.

Was wurde mit dem "Schwarzbuch" erreicht ?

1/ Durch die Beispiele mit genauen Angaben über Grundstück, Anschrift, Einkaufs- und Verkaufspreis, Gewinnspannen und Spekulationszeiträumen wurde konkret nachgewiesen, daß allein in einer Großstadt weit über 50 Fälle krasser Spekulation, besser: krassen Wachens (denn der Begriff Spekulation schließt

streng genommen auch die Möglichkeit von Verlusten ein, und wo hat es in den letzten Jahren beim Boden (je Verluste gegeben?) vorliegen. Die Spitze eines Eisbergs ist sichtbar geworden.

2/ Durch das "Schwarzbuch" wird deutlich, gegen wen sich unser Kampf um ein neues, soziales Bodenrecht richtet. Wir haben Äußerungen von Kleineigentümern, die diese Praktiken der Spekulation verurteilen und die endlich begriffen haben, daß unsere Maßnahmen nicht gegen sie gerichtet sind.

3/ Das "Schwarzbuch" macht schließlich deutlich, daß diese leistungslosen Gewinne nicht einfach glückliche Zufälle für einige Privilegierte sind, sondern daß sie von allen Bürgern finanziert werden: durch Mieten, durch Preise.

Eine einfache Rechnung verdeutlicht das: In Stuttgart werden von 1970 bis 1980 rund 600 ha Acker- und Gartenland zu Bauland. Die rd. 6.000 Grundeigentümer bekommen aus dieser Umwidmung einen Vermögenszuwachs von über einer Milliarde DM. Diese Milliarde muß vorzinst werden, und bei sechs vH. angenommener Verzinsung sind das 60 Millionen DM im Jahr. Diese Zinsen werden aufgebracht von den Mietern, von den Käufern der Eigentumswohnungen, von allen, die Dienstleistungen oder Produkte aus diesem Neubauland kaufen. Das heißt: Wir alle zahlen, einige wenige profitieren. Würden nur die Stuttgarter diese Verzinsung bezahlen - eine fiktive Annahme, aber dennoch: dann zahlte jeder der 600.000 Stuttgarter im Jahr rund DM 100 nur für die Verzinsung der Wertsteigerungen von Neubauland.

Es ist höchste Zeit, daß der preistreibende Charakter unseres Bodenrechts endlich einmal in die Diskussion kommt. Wer von Stabilität redet, ohne den Preisaufrtrieb aus dem Bodenmarkt zu erwähnen, ist unehrlich.

Konsequenzen: Die Sozialdemokraten sollten in möglichst vielen Städten und Gemeinden Schwarzbücher dieser Art aufstellen. Die Unterlagen über Verkäufe und Preise sind bei den zuständigen Bodenstellen, Gutachterausschüssen, Stadtmessungsämtern usw. leicht zu erhalten. Mit ein wenig Arbeit und eigenen Recherchen kommt man rasch vorwärts. Damit wird die Bodenspekulation endlich konkretisiert und lokalisiert. Die Bürger begreifen, wer auf wessen Kosten seinen Schnitt macht. Die Stabilitäts-Diskussion wird versachlicht. Die Eigenheimer sehen, daß es nicht ihnen an den Kragen gehen soll. Durch die Darstellung der Mißstände des geltenden Bodenrechts wächst das Problembewußtsein der Öffentlichkeit, und die Angst vor einer Reform des Bodenrechts wird abgebaut.

Nur wenn dieser Prozeß der Aufklärung und Politisierung zielbewußt vorangetrieben wird, werden wir in der Lage sein, die überfällige Reform des Bodenrechts mit der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.

(-/18.12.1972, ks, ec)

Striptease eines "Liberalen"  
-----

Feststellungen zum Thema Dr. Gerhard Stoltenberg

Von Joachim Steffen MdL

Oppositionsführer im Landtag von Schleswig-Holstein

Die politische Konfrontation in der Bundesrepublik zeitigt offensichtlich immer deutlicher Züge der Intoleranz, der Illiberalität und des mehr als großzügigen Umgangs mit rechtsstaatlichen Normen. Sie drohen unter dem Druck der geistigen und politischen Unstrukturierung in Parteien und Gruppierungen zuzunehmen. Daß innerhalb der CDU der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Dr. Gerhard Stoltenberg, sich auf den antiliberalen Flügel hin orientiert, wird vor allem jene verwundern, die aus seinen Arbeiten über die politische Entwicklung in Schleswig-Holstein vor 1933 meinten deutlich herauslesen zu können, er habe die verhängnisvolle Rolle zunehmender Intoleranz, der Illiberalität und der Verletzung rechtsstaatlicher Normen in ihren Konsequenzen klar erkannt. Das gilt offenbar für ihn nur in Bezug auf die Geschichte. In seiner Praxis von heute begibt er sich eindeutig auf anderen Kurs.

Dr. Stoltenberg propagiert und praktiziert eine Politik antiliberaler Repression. Im Fall des Flensburger Schulpastors Christiansen führte das zur schweren Verletzung verfassungsmässiger Rechte. Erst der massive Protest aus Kirche und Öffentlichkeit drückte den Pastor als Religionslehrer durch, nachdem die Landesregierung ihm wegen einer Grabrede für Georg von Rauch die Lehrerlaubnis für Religion anfangs verweigern wollte. Gleichzeitig gab die Landesregierung zu erkennen, daß sie Christiansen keine Lehrerlaubnis der Geschichtslehre erteilen würde, wofür er die Befähigung hat. Sie weigerte sich auf Anfrage, ihre

Normen für diese Androhung bekannt zu geben.

Jungen, reformfreudigen Lehrern in der GEM drohte die Regierung Stoltenberg mit der Schulaufsicht. An Untersuchungen gegen Lehrer beteiligt sich der Ministerpräsident persönlich. Die Kompetenzen des Verfassungsschützes sollen über den Rahmenvertrag zwischen Bund und Ländern ausgedehnt werden. Gleichzeitig enthüllt ein Untersuchungsausschuß mehr als dubiose Praktiken dieses Amtes bei der versuchten Anwerbung von Schülern.

Die sinngemäße Abrundung findet diese Politik in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei und des Ministerpräsidenten. Staatssekretär Dr. Rathke, früher Pressesprecher der CDU in Bonn, hat ein System ständiger Intervention bei Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen entwickelt. Bei den Zeitungen des Landes, fast ausschließlich regionale Monopole, führt das zur gezielten Ausschaltung der Redaktionen durch kleine, linientreue "Stäbe". Den Rest besorgt der Ministerspräsident. Im Landtag greift er Journalisten nichtregionaler Zeitungen an und bezichtigt sie der Fälschung und der "Pression" bei ihren Recherchen. In der Antwort auf eine diesbezügliche kleine Anfrage bleibt er dem Beweis für seine Behauptungen schuldig, gibt zu, daß er von der namentlich angegriffenen Zeitung keine Berichtigung gefordert hat, und verweigert dem namentlich Beschimpften die Entschuldigung.

Spätestens seit Tucholsky weiß man, daß man der Prinzipien und der Gesinnung entbehren kann, wenn man "den Apparat" hat und ihn zur direkten und indirekten Repression einsetzt. Die Prinzipien, die dabei deutlich werden, sind: Intoleranz, Illiberalität und Verachtung rechtsstaatlicher Prinzipien. Die Gesinnung, die sich dabei immer deutlicher enthüllt: Ein egozentrisches Verhältnis zu Politik und Staat, dessen oberster Bezugspunkt die hoffnungslose Überschätzung der eigenen Person ist. Dies nenne ich politischen Stiptease eines vermeintlichen Liberalen unter den Christdemokraten.

(-/18.12.1972/ks/ee)